

Erich Fröschl

Anmerkungen zur Legendenbildung um die neue Regierung in Österreich

Nach sechs Jahren konservativ-rechts-populistischer Gegenreformation wird Österreich seit einigen Wochen von einer Großen Koalition aus Sozialdemokraten und Konservativen regiert. In breiten Teilen der veröffentlichten Meinung, aber auch unter einer nicht unbeträchtlichen Zahl von WählerInnen und Mitgliedern der SPÖ kursiert allerdings die Auffassung, die Sozialdemokratie hätte bei den Parlamentswahlen am 1. Oktober 2006 zwar die Wahlen gewonnen, die Konservativen jedoch hätten sich hinsichtlich Regierungsprogramm, personeller Zusammensetzung und Kompetenzen der neuen Regierung über Gebühr durchgesetzt. Gleichzeitig wird der österreichischen Sozialdemokratie und ihrem Vorsitzenden Alfred Gusenbauer auch vorgeworfen, dass sie wesentliche Forderungen ihrer Wahlkampagne preisgegeben hätten. Ist diese Kritik zutreffend oder liegen die Dinge nicht komplizierter und sind keineswegs so eindeutig, wie es medialen und innerparteilichen Interpretationen zufolge auf den ersten Blick scheinen mag?

Blenden wir kurz zurück auf die Ausgangslage vor den Wahlen. Die konservativ-rechtspopulistische Regierung, 2000 mit erheblichen Irritationen in Österreich und Europa etabliert, und 2002 bei vorzeitigen Neuwahlen bestätigt, verlor ab 2004 kontinuierlich an Zustimmung in der Bevölkerung. Die Ursache dafür war einerseits die schlechte Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie die mediokre *Performance* vor allem der rechtspopulistischen Regierungsmitglieder, die sich – ursprünglich als selbsternannte Vertreter der kleinen Leute in die Regierung gekommen – vor allem durch Selbstbedienung und einen wuchernden politischen Pro-

tektionismus auszeichneten, wobei ihnen allerdings die Konservativen in nichts nachstanden. Als Folge dieser Politik verloren die beiden Regierungsparteien ÖVP und BZÖ in allen Regionalwahlen – zum Teil in zweistelligem Ausmaß. Zwei der seit 1945 traditionell konservativ regierten Bundesländer (Salzburg, Steiermark) wechselten ihre politische Mehrheit zu den Sozialdemokraten und mit Heinz Fischer wurde auch die Direktwahl des Bundespräsidenten gewonnen. Die SPÖ lag dementsprechend seit 2004 in allen Meinungsumfragen beständig bei rund 40 %, die GRÜNEN bei 12 % und eine rot-grüne Mehrheit nach den Wahlen war in sicherer Reichweite bis zum März 2006.

Ein zu diesem Zeitpunkt aufbrechender *Mega*-Skandal in der im Einfluss der Gewerkschaften befindlichen BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT, der, bedingt durch Spekulationen größten Ausmaßes und wirtschaftskriminelle Machenschaften eines Teiles des Managements, die Bank und auch den Österreichischen Gewerkschaftsbund an den Rand des finanziellen Abgrundes brachte, ließ die SPÖ in den Meinungsumfragen sofort drastisch um 10 % abstürzen. Gleichzeitig legten die GRÜNEN etwas zu, ebenso der in der Opposition befindliche abgespaltene Teil des traditionellen Flügels der Rechtspopulisten, die FPÖ. Die beiden konservativ-rechtspopulistischen Regierungsparteien (ÖVP und BZÖ) stabilisierten sich. Daran änderte sich bis zum Sommer wenig.

Die SPÖ und ihr Vorsitzender Alfred Gusenbauer – von der Mehrheit der Medien, aber auch vielen eigenen Anhängern eigentlich schon abgeschrieben – warfen jedoch die Flinte nicht ins Korn und schafften mit großem persönlichen Einsatz bis zum September den politischen

Turnaround. Der Wahlkampf für die Nationalratswahl am 1. Oktober wurde auf vier Themenbereiche fokussiert: Beschäftigungspolitik, Reformen und Investitionen in Bildung und Wissenschaft, mehr Gerechtigkeit im Pensionssystem sowie Sicherung der Gesundheitsversorgung. Der zentrale Slogan »Neue Fairness braucht das Land« traf auf eine weit verbreitete Stimmung in der Bevölkerung und brachte diese sozialdemokratischen Kernforderungen auch emotional auf einen Punkt. Er erwies sich vor allem auch deshalb als wirksam, da der konservativ-rechtspopulistischen Regierung auf Grund ihres Versagens in der Beschäftigungspolitik – Österreich hatte im Winter 2005/06 die höchste Arbeitslosenrate seit 1945 – sowie Kürzungen bei Pensionen und in der Gesundheitsversorgung auf dem Rücken der kleinen Leute ohnedies ein asozialer Geruch anhaftete. Dazu kamen ein überheblicher Kanzler sowie einige schwere Fehler im Wahlkampf. Das für die meisten überraschende Ergebnis am Abend des 1. Oktober war es daher, dass die SPÖ – trotz des Mühlsteins des BAWAG-Skandals um den Hals – mit 35,5 % als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging. Die konservative Volkspartei verlor 8 % und landete bei 34 %. Grüne und oppositionelle Rechtspopulisten (FPÖ) bei je 11 % und der kleinere rechtspopulistische Regierungspartner der Konservativen, das BZÖ, kam gerade mal knapp über die 4 %-Hürde.

Dieses Wahlergebnis und die daraus entspringende Mandatsverteilung ließ als regierungsfähige Mehrheit entweder eine breite Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Konservativen in Form einer Großen Koalition zu, oder Dreier-Koalitionen verschiedener Art. Diese jedoch konnten allesamt keine sicheren Mehrheiten bieten, da sich zum einen die GRÜNEN relativ rasch als Unterstützer für eine Minderheitsregierung selbst aus der Diskussion nahmen, die FPÖ eine Konzentrationsregierung nach Schweizer Muster

oder aber die Opposition für sich präferierte und zudem Koalitionen in der Kombination Sozialdemokratie, Grüne und Rechtspopulisten auch aus programmatischen Gründen *de facto* nicht realistisch waren. Auch die konservative ÖVP hatte als Folge der Zerstrittenheit der beiden rechtspopulistischen Parteien scheinbar keine politische Mehrheitsmöglichkeit. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die 183 Mandate des österreichischen Nationalrates nach den Wahlen so verteilt waren, dass es – addiert man die Sitze der drei Parteien des rechten politischen Spektrums – zumindest eine rechnerische rechte Mehrheit von 94 Sitzen gibt. Dem gegenüber stehen lediglich 89 Sitze von Rot und Grün, also keine Mehrheit für die von vielen WählerInnen und Mitgliedern der SPÖ erhoffte und präferierte Koalitionsvariante.

Keine »Wende von der Wende«

Die nach längeren Verzögerungen und vorübergehendem Abbruch seitens der Konservativen im November in Gang gekommenen Regierungsverhandlungen entlang des vom Bundespräsidenten gewünschten Auftrages, eine stabile Regierung auf breiter Mehrheitsbasis zu bilden, hatten so für die Konservativen den strategischen Vorteil der Erpressungsmöglichkeit gegenüber dem etwas stärkeren Verhandlungspartner SPÖ. Denn zumindest konnte nicht ausgeschlossen werden – und im Hintergrund der laufenden Koalitionsverhandlungen wurden solche Versuche offensichtlich auch gemacht –, dass bei Scheitern einer Großen Koalition die Konservativen einen Auftrag zum Regierungsbildungsversuch für sich beansprucht hätten, um zumindest eine Minderheitsregierung aus ÖVP und BZÖ (die bisherige Regierungskonstellation), toleriert von der FPÖ mit dem erklärten politischen Ziel »Rot-Grün« zu verhindern, vorzuschlagen. Eine solche Stützung einer

rechten Minderheitsregierung durch eine weitere Rechtspartei von außen nach dem Muster etwa der dänischen Regierungsbildung war jedenfalls nicht auszuschließen und hätte sich auf eine Mandatsmehrheit stützen können.

Daraus ergab sich im Zuge der weiteren Verhandlungen, die bis Anfang Januar abgeschlossen wurden, ein verhandlungsstrategischer Vorteil für die Konservativen, die im Wesentlichen versuchten, zu mauern und möglichst wenig Änderungen in der seit 2000 exekutierten neoliberalen Wendepolitik zuzulassen. Außerdem stellte sich im Laufe der Verhandlungen anlässlich eines von den Sozialdemokraten geforderten »Kassasturzes« über die Staatsfinanzen heraus, dass der finanzielle Handlungsspielraum für eine offensive Reformpolitik wesentlich geringer und die Verschuldung wesentlich höher waren, als dies die schönfärberische Eigenpropaganda der Regierung Schüssel und ihres neoliberalen Finanzministers dargestellt hatte.

So gesehen sind die sozialdemokratischen Akzente im neuen Regierungsprogramm, vor allem die sukzessiv steigenden Budgetmittel für Beschäftigungspolitik und Strukturinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur in Kombination mit finanziellen Verbesserungen für Bezieher kleiner Einkommen und Pensionen und ein Kurswechsel in der Gesundheitspolitik weg von der bisherigen Privatisierungstendenz durchaus ernst zu nehmende Veränderungen in Richtung einer Politik größerer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Aber es ist sicher kein grundlegender Kurswechsel und auch keine »Wende von der Wende«. Dies nach dem gegebenen Wahlergebnis zu erwarten war jedoch ein Wunsch aus dem Reich der Illusion, denn Große Koalitionen sind, wie wir wissen, überall davon geprägt, dass beide Koalitionspartner jeweils Wasser in ihren programmatischen Wein schütten müssen. Natürlich

waren die Erwartungen vieler WählerInnen wesentlich höher und ein tiefgehender Kurswechsel wäre selbst mit einer nur knappen rot-grünen Mehrheit sicher leichter und einschneidender in Angriff zu nehmen gewesen. Aber aus meiner Sicht ist es dennoch gelungen, im Regierungsprogramm die dogmatische Grundtendenz der Fortschreibung weiteren Staatsabbaus, weiterer Privatisierung und weiterer Entsolidarisierung zumindest zu stoppen.

Irritation in den SPÖ-Reihen hat auch die Ressortverteilung ausgelöst. Die Sozialdemokraten stellen in der neuen Regierung den Bundeskanzler, die Ministerin für Bildung und Kunst, die Justizministerin, die Frauenministerin, sowie die Minister für Verteidigung, Soziales und Infrastruktur. Die Konservativen stellen den Vizekanzler, der zugleich Finanzminister ist, die Minister für Wirtschaft und Arbeit, für Landwirtschaft und Umwelt, Inneres, sowie die Außen- und die Gesundheitsministerin. Vor allem die Überlassung von zwei Wirtschaftsministerien an die Konservativen, wobei eines davon auch für die Arbeitsmarktpolitik zuständig bleibt, wurde heftig kritisiert mit dem Argument, dass insgesamt eine Reihe traditioneller »Schlüsselressorts« den Konservativen überlassen wurde und ihnen damit zu viel Einfluss auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Regierungspolitik gelassen wurde. Der Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende hat demgegenüber mit einiger Plausibilität argumentiert, dass es ihm darauf ankäme, in denjenigen Ressorts federführend zu sein, die für die Umsetzung der Kernfragen des Wahlprogramms der SPÖ relevant sind.

Schließlich haben auch noch zwei nicht eingelöste Wahlversprechen der Sozialdemokratie, die allerdings nur dann Chance auf Umsetzung gehabt hätten, wenn das Wahlergebnis zumindest eine rot-grüne Mehrheit ermöglicht hätte, in der Öffent-

lichkeit, vor allem bei den Studenten, großen Unmut erzeugt, der sich auch in Demonstrationen während der Regierungsbildung entlud. Das war die Abschaffung der von der konservativ-rechtspopulistischen Regierung 2000 eingeführten Studiengebühren an den Universitäten, die von den Sozialdemokraten in den Verhandlungen zwar vehement gefordert wurde, aber am strikten »Nein« der Konservativen scheiterte; des weiteren eine Stornierung der von der Vorgängerregierung 2002 zur Luftraumüberwachung bestellten 18 »Eurofighter« mit vier bis fünf Milliarden EURO Gesamtkosten, ein von der Bevölkerung breit abgelehntes Milliardengrab und zudem Ausdruck militärpolitischen Größenwahns der auf NATO-Kurs getrimmten Vorgängerregierung.

Der Ausstieg aus diesem vertraglich von der Vorgängerregierung schon fixierten Projekt wäre allerdings nur möglich, wenn durch einen im Oktober 2006 gegen den Willen der konservativen ÖVP eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuss Unregelmäßigkeiten im Zustandekommen des Vertrages oder Schmiergeldzahlungen zweifelsfrei nachweisbar wären, was zum derzeitigen Stand der Ermittlungen des Ausschusses zwar möglich, aber noch keineswegs sicher ist.

Mediale Kommentierung in den überwiegend dem bürgerlichen Lager zuzurechnenden Printmedien und die Kritik in den eigenen Reihen der Sozialdemokratie haben daher insgesamt den Start des Kabinetts Gusenbauer I, die neue Große Koalition von Sozialdemokraten und Konservativen, erschwert. Dennoch sollte man darüber nicht vergessen, dass das Wahlergebnis vom 1. Oktober entgegen aller Prognosen die österreichische Sozialdemokratie nach sechs Jahren Opposition wieder zur stärksten Partei gemacht hat, und dass der Kanzler und die SPÖ-Regierungsfraktion die 1999 verlorene politische Gestaltungsmacht wieder

zurückerobern konnten. Drittens wurde die arrogante neoliberal-nationalistische Regierung Schüssel samt ihrer rechtspopulistischen Vasallen, die Österreich auch in Europa wenig Ansehen gebracht haben, in die Versenkung befördert. Schließlich hat der sozialdemokratische Teil der Regierungsmannschaft die Möglichkeit, durch solide Arbeit und *Performance* Profil zu gewinnen und in weiterer Folge auch jenes Wählervertrauen zurück zu gewinnen, das kurzfristig während der Zeit der Regierungsbildung verloren ging, weil die Kluft zwischen Erwartungen und Realität, zum Teil auch als Resultat überzogener eigener Propaganda, zu groß war.

Jedenfalls besteht – entgegen der sehr kritischen emotionalen Meinungslage –, auch in Teilen der österreichischen Sozialdemokratie – rund um die Regierungsbildung kein Grund, sich in unnötiger Weise selbst den politischen Erfolg, der unter schwierigsten Rahmenbedingungen errungen wurde, klein zu reden und madig machen zu lassen. Dieses Geschäft besorgen schon ein Teil der Medien und die Opposition.

Von Österreichs neuer Regierung, geführt von einem sozialdemokratischen Kanzler, ist jedenfalls auch in der europäischen Politik zu hoffen, dass alle Bemühungen um eine Korrektur in Richtung verstärkter Beschäftigungs-, Bildungs- und Sozialpolitik mehr Unterstützung bekommen werden, als dies bisher der Fall war und in der Auseinandersetzung gegen neoliberale Hegemonie in Wirtschaft und Gesellschaft Österreich auch in der EU klarer als bisher Position bezieht.



Erich Fröschl (*1944)
ist Politikwissenschaftler und Leiter der Akademie für Internationale Politik des Dr.-Karl-Renner-Instituts in Wien.
froeschl@renner-institut.at